

Ich kam man darin überein, die Modifizierungen, die vorgeschlagen wurden, aufzuzeichnen. Sie werden wahrscheinlich morgen in offizieller Form den Mächten vorgelegt werden.

Serbiens Vorbehalte.

London, 20. Mai. (Neuermeldung.) Die von Serbien übermittelten Vorbehalte beziehen sich hauptsächlich auf die Garantien, die Serbien dafür verlangt, daß der Beschluß der Völkervereinigung, Serbien solle einen Hafen am Adriatischen Meere und eine Eisenbahnlinie durch Albanien hindurch erhalten, die diesen Hafen mit dem serbischen Eisenbahnnetz verbinde, einen wirksamen Charakter habe. Die serbische Regierung wünscht, daß diese Dinge in dem endgültigen Vertrage behandelt und auch in das albanische Statut einbezogen sein sollen. Es verlautet, daß Sir Edward Grey in seiner Antwort bereits zufriedenstellende Versicherungen gegeben habe und daß Hoffnung bestehe, die Angelegenheit in dem albanischen Statut endgültig zu regeln.

Bulgarien drängt zum Frieden.

Sofia, 20. Mai. Das Blatt „Mir“ drückt sein Erstaunen darüber aus, daß den Deputierten der Verbündeten noch keine Instruktionen zugegangen sind und erklärt, es bleibe nur übrig, das Ergebnis der heutigen Völkervereinigung abzuwarten. Wenn sie uns, erklärt das Blatt, den Frieden nicht bringt, so wird Bulgarien ihn auf eigene Faust zustande zu bringen zu wissen.

Sitzung der Völkervereinigung.

London, 20. Mai. Die heutige Sitzung der Völkervereinigung dauerte nahezu drei Stunden und wurde dann auf Montag vertagt. Vor der Sitzung hatten der französische und der russische Völkervereinigung Unterredungen mit Sir Edward Grey. — Es besteht volle Einmütigkeit darüber, daß die Verbündeten den Vorfrieden sofort unterzeichnen müssen. Die Völkervereinigung betont als wesentlichen Punkt, daß die Balkanstaaten mit der Unterzeichnung des Vorfriedens lediglich den Frieden mit der Türkei unterzeichnen und nicht ihr Recht berühren, mit den Mächten die Fragen zu erörtern, die diesen zur Entscheidung vorbehalten seien. Die Völkervereinigung drückt deshalb den dringenden Wunsch aus, daß der Frieden unterzeichnet und daß alle Erörterungen bis später aufgeschoben werden möchten. Die Mächte werden einzeln forsühren, diese Ansichten in den Hauptstädten der Balkanstaaten einbringlich zu betonen.

Kleine Nachrichten.

Belgrad, 20. Mai. Der bulgarische Gesandte Tojchew ist nach Sofia abgereist. Das Regierungsorgan „Samoprava“ weist in energischer Weise die vom nationalistischen Parteiorgan aufgestellte Forderung zurück, daß König Peter abdante und die Regierung demissioniere, um Serbien zu ermöglichen, seine Interessen in der serbisch-bulgarischen Streitfrage zu vertreten. Unter König Peter seien die serbischen Waffen zu neuem Ruhme gelangt, das Prestige Serbiens habe sich in hohem Maße gehoben, Hunderttausende von Stammesgenossen seien befreit und große Gebiete erobert worden.

Wien, 20. Mai. Die die „Militärische Rundschau“ meldet, wurde am 15. d. M. um 6 Uhr früh eine Patrouille, bestehend aus dem Leutnant der Reserve Knoll, dem Reserveladetten Weinz und sechs Mann des Festungsartillerieregiments Nr. 5 von Gorkovac (Krivodolje) aus zur Befestigung auf die Vercina Gora, nordöstlich von Gorkovac entsandt. Aus noch nicht aufklärter Ursache, vermutlich infolge Desorientierung während eines Unwetters, verirrte sich die Patrouille über die Grenze auf montenegrinisches Gebiet und wurde von einer montenegrinischen Abteilung bei Jadinov-Dol (3 1/2 km östlich vom Slocepah nordlich von Crkvice) festgenommen. Auf Veranlassung der montenegrinischen Regierung wurde die Patrouille am demselben Tage freigelassen und rückte am 16. d. M. um 8 Uhr abends mit ihren Waffen wieder in Gorkovac ein.

Ausland.

Osterreichisches Abgeordnetenhaus.

Graf Stürgkh über die innere und äußere Politik.

Wien, 20. Mai. Abgeordnetenhaus. Das Haus beschloß, sofort in die erste Lesung des heute eingebrachten Budgetprovisoriums einzutreten. Ministerpräsident Graf Stürgkh ergriff zur Begründung das Wort und sprach zuerst über die innere Lage. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß in Böhmen, wo man dem heißersehnten Ziele wirklich nahe zu sein schien, ein Ausgleich nicht zustande gekommen ist. Der Ministerpräsident wies auf die finanzielle Kalamität in Böhmen hin und sagte:

Wir stehen vor einer ernsten Situation, deren man möglicherweise nur mit ersten Mitteln wied Herr werden können. Der neue galizische Landtag wird im Herbst wiederum an das Ausgleichsproblem herangehen. Der Ausgleichsgebäude wird solange leben, bis er in seiner reifsten Bewirklichkeit die bestehenden Gegensätze in einer höheren Einheit auflöst. Es hieße unsere geschichtliche Entwicklung mißverstehen, wenn wir in diesem Augenblicke den Hut sinken lassen wollten. (Zustimmung.) Es wäre die größte Unbilligkeit gegen das mit einer so schweren geschichtlichen Mission betraute Staatswesen, wenn einzelne Parteien ihm in solchen Augenblicken die Mitwirkung an seinen Aufgaben verweigern würden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Erschließung neuer finanzieller Hilfsquellen ist notwendig und dringlich. Die großen Kosten für die militärische Bereitschaft müssen bei der Behandlung des Finanzproblems in Erwägung gezogen werden. Wir konnten die weltwirtschaftlichen Ereignisse auf dem Balkan nicht einfach als gleichgültige Zuschauer verfolgen. Wenn es uns auch erspart blieb, aktiv einzugreifen, war uns doch durch die vernünftige Wahrnehmung unserer elementarsten Interessen die Rolle eines wohlgerüsteten bewaffneten Zuschauers auferlegt. Die Nachteile, die aus solchen Rüstungsaufgaben sich für die ökonomischen Interessen ergeben, sind, so schmerzhaft sie auch empfunden werden mögen, so gut wie nichts gegen die Unvermeidlichkeit des Schadens, gegen die geradezu katastrophalen Verheerungen auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, die aus Vernachlässigung der Rüstung erwachsen können. (Zustimmung.)

Ich trage dem Augenblick Rechnung, wo wir unter dem unmittelbaren Eindruck großer weltgeschichtlicher Ereignisse stehen (Hört, hört), indem ich an meine Ausführungen über die innere Politik eine knappe Erörterung der auswärtigen Lage anschließe, während die nähere Darlegung der einschlägigen Fragen verfassungsmäßig dem kompetenten Forum der Delegationen vorbehalten bleiben muß. Die von der Monarchie in der Balkanfrage eingenommene Haltung war durch die Richtlinien gegeben, die sich unsere auswärtige Politik seit langem durch Aufstellung des Prinzips vorgezeichnet hatte, der selbständigen Entwicklung der Völker am Balkan tunlichste Förderung angedeihen zu lassen. Es erscheint nur als eine folgerichtige Anwendung obiger Prinzipien, wenn der programmatische Satz „der Balkan den Balkanvölkern“ allen Völkern des Balkans, also auch dem albanischen Elemente, zuzunehmen sollte. In diesem Sinne hat sich Österreich-Ungarn die Schaffung eines selbständigen Albanien zum Ziele gesetzt, dessen Konstituierung übrigens bereits durch frühere diplomatische Arbeit, namentlich in Vereinbarung mit dem verbündeten Italien, vorausgesehen war.

Dadurch erscheint das vitale Interesse der Monarchie an der unveränderten Erhaltung der bisherigen Machtverhältnisse an der Adria sichergestellt. Solange die Entscheidung auf dem Schlachtfeld noch nicht gefallen war, hat die Monarchie, von dem Gedanken geleitet, die militärischen Operationen nicht zu behindern, keinen Einspruch dagegen erhoben, daß albanisches Territorium von den Truppen Serbiens, Montenegros und Griechenlands besetzt werde. Unterdessen hatte unser auswärtiges Amt Sorge getragen, für das von uns verkündete Prinzip der Schaffung eines selbständigen albanischen Staates die Sanktionierung der anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages zu erwirken. Von den Beschlüssen der Londoner Völkervereinigung über die Nord- und Nordostgrenze Albanien wurden nach deren Absperrung durch die einzelnen Kabinette die freigehenden Balkanstaaten in Kenntnis gesetzt. Trotz dieser Verbindungen und der gleichzeitigen Aufforderung an Montenegro, die Belagerung von Skutari aufzuheben, hat die Königl. Regierung in Cetinje den ausichtslosen Kampf fortgesetzt und sich dadurch in Widerspruch mit dem Willen Europas gebracht. In der Absicht, Montenegro zum Einlenken zu bewegen, sind die Mächte zu Zwangsmaßnahmen geschritten, die anfangs die Form einer bloßen Flotten demonstration, nachmals jene einer friedlichen Blockade annahm. Da aber diese Mittel nicht zureichend erschienen, sah sich Österreich-Ungarn veranlaßt, in London die Erklärung abzugeben, daß es sich vorbehalten müsse, in gegebenen Momenten die entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung des Willens Europas selbständig zu ergreifen. Dieses energische Vorgehen war deshalb geboten, weil andernfalls die Durchführung der europäischen Beschlüsse fraglich und die Schaffung Albanien via facti illusorisch geworden wäre. Die Monarchie besand sich hierbei in Übereinstimmung mit Italien hinsichtlich der zwischen den beiden Mächten vereinbarten Konstitution eines autonomen Albanien. Getragen von dem patriotischen Gefühl der weitesten Kreise der Bevölkerung und der opferfreudigen Bereitschaft einer treulichen Armee konnte Österreich-Ungarn gegenüber den Schwierigkeiten der internationalen Lage seinem Willen Geltung verschaffen, so daß Montenegro sich schließlich in richtiger Erkenntnis seiner eigenen Interessen dazu verstanden hat, den Beschlüssen Europas nachzukommen und Skutari den Mächten zu übergeben. Derzeit ist Aussicht vorhanden, daß der Friede zwischen den balkanischen Staaten und der Türkei in nicht allzulanger Zeit geschlossen sein wird. Es wird hier die Aufgabe unseres auswärtigen Amtes sein, rechtzeitig an die Regelung der Angelegenheiten zu scheitern, unter denen jene wirtschaftliche Natur der drei letzten Raum annehmen werden. (Zustimmung.) Österreich-Ungarn darf wohl erwarten, daß die durchaus scheinbare Haltung, die es den Balkanvölkern gegenüber an diesem Wendepunkte ihrer Geschichte an den Tag gelegt hat, Verständnis begegnen und entsprechende Würdigung finden werde. Derzeit ist die Situation am Balkan nach mancher Richtung noch ungeklärt, die Entwicklung und Dauer einer so epochalen Umwälzung, wie jene, deren Zeugen wir eben sind, läßt sich nicht vorher übersehen, noch abschätzen. Es wird sich unser auswärtiges Amt anlegen sein lassen, auf die tunlichst rasche Klärung der Verhältnisse im nahen Orient hinzuwirken. Dann wird auch der Moment gekommen sein, die bis nun notwendig gewordenen Beschränkungen der Bestände an unserer Südostgrenze rückgängig machen zu können. (Zustimmung.) Weßhalb ist in der Öffentlichkeit Kritik an der Tätigkeit gewisser Organe des auswärtigen Dienstes geübt worden (Hört, hört)! Zwischenrufe, eine Kritik, die auch in mehreren Interpellationen in diesem hohen Hause zum Ausdruck gekommen ist. In diesem Belange beehre ich mich, im Namen des Ministers des Äußeren dem hohen Hause folgendes zu erklären:

Der Vorgang, ein Departement des Ministeriums des Äußeren herauszuheben und zum Gegenstand einer speziellen Kritik zu machen, steht im Widerspruch mit dem Umstande, daß gleich den übrigen Abteilungen des genannten Ministeriums auch das literarische Bureau ausschließlich nach den Befehlen und Anordnungen des Hrn. Ministers des Äußeren vorgehen hat und tatsächlich während des ganzen Verlaufs der Krise wie auch insbesondere in den verschiedenen angeführten Einzelfällen nach den erteilten Direktiven seiner Vorgesetzten vorgegangen ist. (Zustimmung.) Es muß daher der Versuch, Gegensätze zwischen dem Hrn. Minister des Äußeren und ihm unterstellten Beamten zu konstruieren, als unzulässig zurückgewiesen werden.

Der Redner wurde hier wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen, die sich gegen das Verhalten des Grafen Verchtold richteten.

Ministerpräsident Graf Stürgkh verbreitete sich dann des näheren über die schon gemeldeten Reservistenentlassungen und die sonstigen Maßnahmen zur Erleichterung der der Bevölkerung durch die zahlreichen Einberufungen auferlegten Lasten. Er schloß:

Eine Einschränkung der militärischen Verstärkungen an unserer Südostgrenze kann nur nach Maßgabe der fortschreitenden Klärung des Verhältnisses am Balkan Platz greifen. Die Bereitstellung erhöhter militärischer Wachtmittel, durch den Allerhöchsten Oberbefehl angeordnet, erscheint in Umfang und Dauer durch die Gestaltung der außerpolitischen Lage bedingt. Es hieße, den Erfolg einer einflussreichen Stellungnahme der Monarchie im internationalen Konzert der Mächte beeinträchtigen und damit viele, für eine wirksame Friedenspolitik gebrachte Opfer in ihrem Zweck geschehen, wollte man diesen ersten und obersten Gesichtspunkt hierbei außer Betracht lassen. Die möglichen Faktoren sind bestrahlt, die durch Rücksichten auf die internationale Lage gebotene militärische Sicherung mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Ich möchte an diese Darlegungen nur die Bemerkung knüpfen, daß nachträgliche Bemängelungen eines einmal internationalen eingenommenen Standpunktes höchstens die erfolgreiche Weltentwässerung dieses Standpunktes, wenn er einmal vertreten wurde, oder die Festhaltung der durch ihn erzielten Erfolge, wenn er bereits durchgeführt erscheint, schädigen können.

Ich glaube, daß das Haus aus meinen Darlegungen eines festbedingten Verzeichnisses und erfolgreicher Weltentwässerung der Interessen der Monarchie und ihrer Bestrebungen auf Wahrheit eines ehrenvollen Friedens. Aus der Bedeutung dieser Verengungen mögen Sie kraftvolle Impulse zu gegenwärtiger Arbeit auf dem Gebiete der Erfüllung innerer Staatszwecke schöpfen. Machen Sie durch Vorsorge für die Fortführung des Staatshaushaltes die Bahn frei für zielbewusstes

parlamentarisches Schaffen. In diesem Sinne bitte ich um Bewilligung des Budgetprovisoriums. (Beifall, Handclatschen.)

Korofjo erklärte, die Zukunft des Reiches liege auf dem Balkan und der Adria. Die Südslawen gravitierten nicht nach außen, sondern sie verlangten mit allem Nachdruck die gleichen Rechte wie die anderen Völker. Ihre letzte Hoffnung sei die Dynastie, die stark genug, gestützt auf ein verlässliches Heer, dem Dualismus das Ende bereiten könne.

Dr. Gros führte aus: Die Erfolge der Balkanstaaten hätten das Stammesbewußtsein der Südslawen der Monarchie in hohem Maße gesteigert. Der triadische Staat könne nichts anderes sein, als eine Zuchstätte für den Panславismus und zentrifugale Tendenzen. Die Deutschen könnten sich auf Änderungen des Verfassungswesens im föderalistischen oder triadischen Sinne durchaus nicht einlassen. Nach wie vor müsse der Dreibund der Angelpunkt der auswärtigen Politik bleiben. Dem Dreibunde, der Bundesstreue Deutschlands und der Unterstützung Italiens sei es zu verdanken, daß kein europäischer Krieg ausgebrochen sei.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet morgen statt.

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 20. Mai. Im heutigen Ministerrat in Ellysée wurde der Kriegsminister beauftragt, von der Kammer zu fordern, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit gleich nach Verteilung des Verichts auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Nach einer offiziellen Mitteilung beabsichtigt der Kriegsminister, demnächst einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die im Jahre 1911 in die Kriegsschule von St. Cyr eingetretenen Jüglinge schon am 1. Juli d. J. anstatt am 1. Oktober und die im Jahre 1912 eingetretenen schon am 1. Januar 1914 anstatt am 1. Oktober zu Leutnants ernannt werden sollen.

Die Soldatenrevolten.

Belfort, 20. Mai. Seit drei bis vier Tagen hatten auf den Stuben des 35. Regiments geheime Versammlungen stattgefunden. Mit Kameraden von anderen Regimentern waren Kundgebungen in der Stadt geplant worden. Die Bewegung brach früher aus, als man gedacht hatte. Dank der energischen Haltung der Unteroffiziere des 35. Regiments und der Reservisten des 242. Regiments, die in derselben Kaserne einquartiert waren, nahmen die Zwischenfälle keine weitere Ausdehnung an. Alles läßt vermuten, daß es zu keinen weiteren Vorfällen kommen wird.

Paris, 20. Mai. Aus Belfort wird berichtet, daß die gestrigen Demonstrationen von zumeist aus Paris stammenden Soldaten, die der bekannten antimilitaristischen Vereinigung „Le Sou du Soldat“ angehören, begannen wurden.

Aus Toul wird gemeldet: Als die Garnison gestern von einem Marsch zurückkehrte, den sie wegen der Demonstrationen zum Kriegerdenkmal von Fontenoy unternommen hatte, wurde sie mit Hochrufen auf die Armee begrüßt. Als jedoch das 153. Infanterieregiment, das an den Demonstrationen in hervorragender Weise beteiligt gewesen war, einrückte, piff und zischte die Volksmenge. — Man befürchtet übrigens, daß sich neue Demonstrationen, wenn auch in geringerem Maßstabe, ereignen werden. Mehrere Soldaten und Militärarbeiter verweigerten die Arbeit; einige Soldaten weigerten sich, die Wache zu beziehen, und wurden auf Befehl des Stadtkommandanten verhaftet.

Nach Blättermeldungen aus Toul und Belfort soll nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung kein Zweifel mehr bestehen, daß die Demonstrationen der Soldaten durch Sendlinge des revolutionären allgemeinen Arbeitsverbandes angezettelt wurden. In Toul sollen die Vertreter des Arbeitsverbandes seit mehreren Wochen im geheimen eifrige Propaganda gegen die dreijährige Dienstzeit und die Zurückbehaltung einer Altersklasse unter der Garnison entfaltet haben. Hierbei sollen sie von einzelnen mit sozialistischen und revolutionären Vereinigungen und Zeitungen in Verbindung stehenden Soldaten wirksam unterstützt worden sein. Während die an den Demonstrationen in Toul und Belfort beteiligten Soldaten mit Vorbedacht und im Einverständnis miteinander gehandelt haben sollen, soll unter den Mannschaften, die sich gestern in Reuilly zu ähnlichen Kundgebungen hinziehen ließen, keinerlei vorherige Vereinbarung bestanden haben.

In den Wandelgängen der Kammer verlautet, daß sowohl sozialistische wie nationalistische Abgeordnete die Absicht hätten, die Regierung über die Militärdemonstrationen zu interpellieren. Der Deputierte von Nancy, Major Oriant, hat dem Kriegsminister mitgeteilt, daß er ihn übermorgen über die Vorfälle von Toul befragen wolle. Der Kriegsminister erwiderte, daß er die Anfrage beantworten werde, sobald ihm der Bericht des Generals Pau zugegangen sei. Man glaubt, daß diese Untersuchung binnen 48 Stunden abgeschlossen sein wird.

Paris, 21. Mai. Auf der Place de la Republique versuchte gestern abend eine Gruppe Soldaten des 28. Infanterieregiments, eine Kundgebung gegen die Zurückbehaltung der Jahressklasse 1910, wurde jedoch von der Polizei zerstreut.

Aus Macon im Departement Saone et Loire wird berichtet: Gestern abend versammelten sich etwa hundert Soldaten auf dem Übungspolze und durchzogen sodann in geschlossenem Zuge die Straßen der Stadt, wobei sie riefen: Rieder mit den drei Jahren! Sie sangen die Internationale und ließen den Sozialismus hochleben. Niemand hinderte die Manifestanten. Erst als der Zug sich auflöste, kam es zwischen Soldaten und Zivilisten, die gegen die Kundgebung Einspruch erhoben, zu Streitigkeiten. Ein Leutnant, der die Leute vorbeiziehen sah, begnügte sich damit, den Namen eines Korporals festzustellen, der sich besonders lärmend benahm.

Aus Toul wird berichtet: General Pau hat seine Untersuchung gestern abend beendet. Die Militärbehörde beobachtet über das Ergebnis strenges Stillschweigen. Es verlautet lediglich, daß General Pau die Teilnahme jedes einzelnen in Betracht kommenden Soldaten genau geprüft habe. Er begibt sich heute nach Belfort, um die Untersuchung über die dort vorgekommenen Kund-